

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Andrej Hunko, Herbert Behrens, Eva Bulling-Schröter, Annette Groth, Inge Höger, Ulla Jelpke, Jan Korte, Caren Lay, Birgit Menz, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Europäische Forschungen für eine „intelligente Polizei“

Laut Medienberichten wollen die Regierungen Frankreichs und Deutschlands neue Anwendungen zur „Terrorforschung“ unternehmen, um öffentliche Plätze, Einkaufszentren oder Schulen besser zu schützen (Deutsche Welle vom 7. Februar 2016). Der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Prof. Dr. Johanna Wanka, zufolge würden „Mittel und Maßnahmen“ gebraucht, damit „Städte sicherer werden, Polizei und Feuerwehr die Bevölkerung besser schützen können“. Um welche Anwendungen es sich konkret handelt, bleibt offen. Näheres hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) am 8. Februar 2016 in einer Pressemitteilung umrissen. Demnach startet das Bundesministerium mit der französischen nationalen Forschungsagentur ANR ein Programm „Zukünftige Sicherheit in Urbanen Räumen“. Zu den Teilnehmenden gehörten „Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Praxis“. Von den Forschungen sollten auch Verkehrsbetriebe und private Sicherheitsdienstleister profitieren. Der deutsche Bundesminister des Innern hatte bereits im Sommer 2015 angekündigt, die Europäische Kommission zu einem Forschungsprojekt zu Vorhersagesoftware bewegen zu wollen (www.youtube.com/watch?v=OEREECb8WHY). Auch das Bundeskriminalamt (BKA) will sich demnach daran beteiligen. Frankreich habe laut dem Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Ole Schröder „bereits Erfahrung mit dem Thema ‚Predictive Policing‘“, daher habe der französische Innenminister „dazu eingeladen, sich auf Expertenebene über das Thema auszutauschen“. Die französischen Behörden hätten vorgeschlagen, den Nutzen von Vorhersagesoftware in einem „Expertenkreis im G6+1-Format“ (die sechs einwohnerstärksten EU-Staaten plus die USA) zu untersuchen (Bundestagsdrucksache 18/5599). Konkrete Forschungen seien aber noch nicht begonnen worden (Bundestagsdrucksache 18/7319). Auf ähnliche Weise will die EU-Polizeiagentur Europol die Auswertung offener Quellen im Internet mithilfe von Software erleichtern. Die Agentur nimmt dafür als Teilnehmerin an drei Vorhaben des EU-Förderprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ teil. Das Bundesministerium des Innern (BMI) hat die Projekte auf Bundestagsdrucksache 18/7466 benannt (e-FighTer – Decision Support Platform for Detecting Radicalisation and Over/Cover Terrorist Communications through the Internet –, RED-Alert – Real-Time Early Detection and Alert System for Online Terrorist Content based on Social Network Analysis and Complex Event Processing –, DETECT-IT – Detecting TERRORIST Content on the Internet). Welche Funktionen oder Verfahren beforscht werden, ist nicht bekannt, die weiteren Teilnehmer sind deshalb ebenfalls unklar. Ähnliche Inhalte wurden zuvor im Bevölkerungsscanner INDECT oder den Projekten CAPER und PROACTIVE behandelt (Telepolis vom 7. Februar 2014). An den inzwischen abgeschlossenen Forschungen waren unter anderem

das Bayerische Landeskriminalamt und die Universität der Bundeswehr München beteiligt. Zur Koordination von Forschungsaufgaben für die Polizeien der Mitgliedstaaten hat die Europäische Union vor drei Jahren eine „Technologie-Beobachtungsstelle“ gestartet (netzpolitik.org vom 20. August 2013). Die Abteilung ist beim „Europäischen Netz technischer Dienste für die Strafverfolgung“ (ENLETS) angesiedelt, das wiederum einer Arbeitsgruppe des Rates angehört. Ziel ist die verstärkte Einbeziehung der für die innere Sicherheit zuständigen Behörden „in die sicherheitsbezogene Forschung und Industriepolitik“.

Die beschriebenen neuen Technologien werden als „intelligente Polizei“ („Smart Police“) bezeichnet. Einige der Anwendungen hatte das Bundeskriminalamt (BKA) am 24./25. November 2015 auf dem 5. Internationalen Symposium „Smart World – Smart Media – Smart Police“ in Wien vorgestellt (Ankündigung auf der Webseite des BKA ohne Datum).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche weiteren Details zu Plänen der Regierungen Frankreichs und Deutschlands hinsichtlich der gemeinsamen „Terrorforschung“ im Programm „Zukünftige Sicherheit in Urbanen Räumen“ kann die Bundesregierung mitteilen?
 - a) Mit welchen „Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Praxis“ wollen das Bundesministerium für Bildung und Forschung und die französische nationale Forschungsagentur ANR nach gegenwärtigem Stand kooperieren?
 - b) Welche einzelnen Projekte oder Stränge hinsichtlich von Anwendungen für Notfallorganisationen, Verkehrsbetriebe und private Sicherheitsdienstleister sollen dabei im Vordergrund stehen?
 - c) Wann und wo wurden die Pläne für einzelne Vorhaben erörtert und beschlossen?
 - d) Wer ist mit der Umsetzung beauftragt?
 - e) In welchen Arbeitsgruppen sollen die Pläne der gemeinsamen „Terrorforschung“ konkretisiert werden, und wer ist bzw. wird daran beteiligt?
2. Im Rahmen welcher einzelnen Vorhaben oder Ziele werden bei den neuen Plänen der Regierungen Frankreichs und Deutschlands die folgenden Felder beforscht:
 - a) Verbesserung von automatisierten Verfahren des „Data Minings“,
 - b) Verarbeitung von „Massendaten“ in (nahezu) Echtzeit,
 - c) „Prediktive Analyse“ bzw. „Vorhersagende Schlussfolgerungen“ oder Ausgabe von kriminalistischen „Hypothesen“,
 - d) Computergestützte Auswertung von sozialen Medien (darunter Twitter, Facebook),
 - e) Analyse sozialer Netzwerke oder Suchmaschinen zum Aufspüren von Gefahren,
 - f) Visuelle Darstellung öffentlich zugänglicher Open-Source-Informationen als automatisiertes datenbankgestütztes Tool zur Datensammlung, Auswertung, Analyse,
 - g) Intelligente Auswertung von Sensoren im öffentlichen Raum?

3. Auf welche Weise ist die beim ENLETS angesiedelte „Technologie-Beobachtungsstelle“ der EU-Mitgliedstaaten in entsprechende Forschungen eingebunden, und welche konkreten Verfahren werden beforscht, bzw. welche Forschungen wurden beauftragt?
4. Was ist der Bundesregierung darüber bekannt, inwiefern das Thema „Predictive Policing“ auf EU-Ebene oder auch in einer deutsch-französischen Partnerschaft inzwischen weiterbehandelt wird (Bundestagsdrucksachen 18/5599 und 18/7319)?
 - a) Welche Forschungsprojekte wurden hierzu inzwischen aufgelegt bzw. vorbereitet, und wer nimmt daran teil?
 - b) Sofern der „Austausch auf Expertenebene“ bislang noch nicht stattgefunden hat, wann ist dieser geplant, und um welche „Experten“ welcher Einrichtungen handelt es sich dabei?
 - c) Auf welche Weise wird bzw. will sich das BKA an den Forschungsprojekten zu Vorhersagesoftware beteiligen?
5. Welche Anwendungen welcher Hersteller nutzen die Bundespolizei und das BKA zur automatischen Sprecheridentifizierung, zum Caller-ID-Spoofing, zum automatischen Filtern relevanter Informationen abgehörter Telefonate, zur forensischen Suche in Videoarchiven, zur Textanalyse, zum beweissicheren Umgang mit Videomassendaten und Metadaten, zur Analyse von Kurznachrichten in der polizeilichen Fallarbeit sowie zur Aufbereitung von Massendaten (Konferenz „Smart World – Smart Media – Smart Police“, Ankündigung auf der Webseite des BKA ohne Datum)?
6. Inwiefern existieren aus Sicht der Bundesregierung Defizite in der Wirkungsweise der Anwendungen, weshalb die Bundespolizei und das BKA etwaige Neubeschaffungen oder -entwicklungen erwägen?
7. In welchen Vorhaben forschen Behörden des BMI und des Bundesministeriums der Verteidigung – BMVg – (auch die Universitäten der Bundeswehr) derzeit zu den Feldern
 - a) Verbesserung von automatisierten Verfahren des „Data Minings“,
 - b) Verarbeitung von „Massendaten“ in (nahezu) Echtzeit,
 - c) „Prediktive Analyse“ bzw. „Vorhersagende Schlussfolgerungen“ oder Ausgabe von kriminalistischen „Hypothesen“,
 - d) Computergestützte Auswertung von sozialen Medien (darunter Twitter, Facebook),
 - e) Analyse sozialer Netzwerke oder Suchmaschinen zum Aufspüren von Gefahren,
 - f) Visuelle Darstellung öffentlich zugänglicher Open-Source-Informationen als automatisiertes datenbankgestütztes Tool zur Datensammlung, Auswertung, Analyse,
 - g) Intelligente Auswertung von Sensoren im öffentlichen Raum (Bundestagsdrucksache 18/707)?
8. Welche Zielsetzung verfolgen die Projekte, und wer nimmt daran teil?
 - a) Welchen finanziellen Umfang haben die Projekte, und wie werden diese finanziert?
 - b) Welche dieser Vorhaben werden unter dem EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“ gefördert bzw. werden dort beantragt?

9. An welchen weiteren Vorhaben des Strangs „Secure societies – Protecting freedom and security of Europe and its citizens“ im EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“ sind welche deutschen Behörden beteiligt bzw. reichen dort entsprechende Anträge ein?
 - a) Wann wurden bzw. werden die Projekte begonnen, wann enden sie, welches Finanzvolumen haben sie bzw. könnten sie haben, und wie werden sie anteilig finanziert?
 - b) Welche Ziele werden in den Projekten verfolgt, und wer ist (auch vermutlich) daran beteiligt?
10. Welche Nicht-EU-Staaten sind nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit mit dem EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“ assoziiert?
11. Welchen Fortgang nehmen die Forschungen an schlangenförmigen Landrobotern gegen „Guerillas, Rebellen, Partisanen und Terroristen“, die als Aufklärungssystem „Wireless self-organised electrorheological Micro-Sensor-system“ (WOERMS) von der Helmut-Schmidt-Universität, Universität der Bundeswehr Hamburg entwickelt werden und auf Mikrohydraulik basieren (Bundestagsdrucksache 18/819)?
 - a) Welche weiteren Teilnehmenden gehörten (auch als Beobachter) zum Projekt eines schlangenförmigen Landroboters gegen „Guerillas, Rebellen, Partisanen und Terroristen“?
 - b) Wann sollen die Untersuchungen des Wehrwissenschaftlichen Instituts für Werk- und Betriebsstoffe an der Helmut-Schmidt-Universität abgeschlossen sein, und für wann wird ein Bericht erwartet?
12. Was ist der Bundesregierung darüber bekannt, welche Anwendungen bzw. Verfahren zur Geolokalisierung die Polizeiagentur Europol nutzt, um wie bei den jüngsten Anschlägen in Paris 366 aktive Accounts von sozialen Medien im Umfeld der Bataclan-Konzertthalle ausfindig zu machen (www.iiea.com/events/europol-and-its-role-in-counterterrorism)?
 - a) In welchen Ermittlungen bzw. Maßnahmen zur Gefahrenabwehr und in welchem Umfang nutzen auch die Bundespolizei und das BKA Anwendungen bzw. Verfahren zur Geolokalisierung von Internetnutzern?
 - b) Welche Soft- und Hardwarelösungen kommen dabei zum Einsatz?
 - c) An welchen Forschungsprojekten mit welchen weiteren Beteiligten nehmen die Bundespolizei und das BKA teil, um die Geolokalisierung von Internetnutzern zu verbessern?
13. Welche Details kann die Bundesregierung hinsichtlich von Finanzermittlungen und Netzwerkanalyse erläutern, inwiefern von Banken, Kredit- und anderen Finanzinstituten an Europol oder das BKA gelieferte Daten zu Finanzströmen auch Namen, Adressen, Telefonnummern und E-Mail-Adressen enthalten (Interview mit dem Europol-Vizechef Wil van Gemert, De Telegraaf vom 2. Februar 2016)?
14. Was ist der Bundesregierung darüber bekannt, auf welche Weise die Erkennung von Internetinhalten im „European Expert Network on Terrorism Issues“ (EENeT) beforscht wird (Bundestagsdrucksache 18/7466)?

15. Welche Details kann die Bundesregierung zu einem EEnET-Projekt zur „Informationsgewinnung in Sozialen Medien“ („Social Media intelligence“) und zur Verarbeitung der anfallenden Massendaten („handling of mass data processing“) mitteilen (Bundestagsdrucksache 18/7466)?
 - a) Welche weiteren Teilnehmenden gehören zu den beiden Projekten?
 - b) Welche Arbeiten oder Verantwortlichkeiten werden hierzu vom BKA übernommen?
16. In welchen Vorhaben forschen Behörden des BMI und des BMVg (auch die Universitäten der Bundeswehr) derzeit an Vorhaben, die (auch testweise) eine Datenbank mit „terroristischen“ oder sonstigen Störungen der öffentlichen Sicherheit errichten, damit Anwendungen der „prädiktiven Analyse“ daraus Vorhersagen bzw. Prognosen oder andere Analysen generieren?
17. Sofern die deutschen Behörden solche Datenbanken (auch testweise) nicht selbst eingerichtet haben, inwiefern haben sie hierzu (auch im Rahmen einer „Marktsichtung“) Kontakt zu privaten oder behördlichen Betreibern entsprechender Anwendungen (ähnlich dem „GDELT Project“, www.gdelproject.org) aufgenommen?
18. Wo ist nach Kenntnis der Bundesregierung die unter Beteiligung der Bundeswehr im EU-Sicherheitsforschungsprojekt PROACTIVE genutzte „Terroristic Indicators Event Database“ angesiedelt (Bundestagsdrucksache 18/707)?
 - a) Wie und von wem wurden die dort gespeicherten Daten beschafft?
 - b) Sofern die Daten wie im vom BKA beobachteten EU-Projekt CAPER (Bundestagsdrucksache 18/707) aus unterschiedlichen „Open-Source-Quellen“ wie z. B. Suchmaschinen oder sozialen Netzwerken stammen, wie wurden diese Quellen ausgesucht und ausgelesen?
 - c) Welche konkreten Datenfelder können in die Datenbank eingetragen werden?
19. Welche Projekte hat das BKA (auch im Rahmen einer „Marktsichtung“) beobachtet, bei denen die „Feststellung der Funktionalität des im Projekt avisierten Prototyps“ zur Auswertung von digitalen „Open-Source-Quellen“ befohrt wird, beobachtet (Bundestagsdrucksache 18/707)?
20. Welche Schlussfolgerungen zieht das BKA hinsichtlich „eine[r] mögliche[n] Unterstützung bei der Aufgabenerfüllung innerhalb der BKA-Zuständigkeit“ (Bundestagsdrucksache 18/707)?
21. Was kann die Bundesregierung zur Funktionsweise und Nutzung des im Rahmen von PROACTIVE entwickelten „Terrorist Reasoning Kernel“ mitteilen, der laut einer Projektbeschreibung zur „Detektion von Online- und Offline-Bedrohungen“ („online and offline potential threat detection“) genutzt wurde (www.fp7-proactive.eu)?
22. Welche Daten welcher Quellen wurden von dem „Terrorist Reasoning Kernel“ verarbeitet?

Berlin, den 17. Februar 2016

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

